

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 17. Dezember 2009

Antrags-Nr. 09-F-01-0109

**Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Entwurf einer neuen
Landschaftsschutzgebietsverordnung
Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2009**

Laut Bericht des Magistrats wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgefordert, zu dem Entwurf über die Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP) eine Stellungnahme abzugeben. Nachdem ein erster Abgabetermin nicht eingehalten werden konnte, erhielt die Stadt laut Magistrat eine Fristverlängerung, diese dem Vernehmen nach bis zum 20.11.2009.

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit hat am 1.9.2009 einstimmig beschlossen:

Der Ausschuss stellt fest, dass die Festlegung des Landschaftsschutzgebietes für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine wichtige Funktion für den Schutz von Feld, Wald und Flur darstellt und die Proklamation eines solchen Gebietes in jedem Fall der Imagepflege einer grünen Stadt dient und damit belegt, dass Umweltschutz und -pflege für die hessische Landeshauptstadt kein Lippenbekenntnis ist. Der Ausschuss fordert daher den Magistrat auf, dringend tätig zu werden und alles in seiner Macht stehende zu tun, die Einführung des Landschaftsschutzgebietes zu beschleunigen.

In dieser Sitzung wurde seitens des Magistrats zugesagt, dass spätestens zum nächsten Sitzungszug in den Gremien die besagte Stellungnahme diskutiert werden solle.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- warum er den parlamentarischen Gremien bisher keine Stellungnahme zur Landschaftsschutzgebietsverordnung des RP vorgelegt hat;
- wann er diese Stellungnahme, die dem Vernehmen nach am 20.11.2009 beim Regierungspräsidium eingereicht werden muss, den städtischen Gremien zur Abstimmung vorzulegen gedenkt;
- ob er die Stellungnahme fristgerecht beim Regierungspräsidium einreichen wird.

Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.12.2009

Der Antrag erhält die folgende, geänderte Form:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt grundsätzlich den vom Regierungspräsidium Darmstadt (RP) Anfang Dezember 2009 übersandten Entwurf für eine Landschaftsschutzgebietsverordnung.
2. Der Magistrat wird gebeten, diesen Entwurf samt der evtl. jetzt schon vorliegenden Bewertungen der zuständigen Fachämter an die Ortsbeiräte weiterzuleiten und

sicherzustellen, dass Entwurf samt Stellungnahmen in den jeweils nächsten Sitzungen der Ortsbeiräte diskutiert werden und die Ortsbeiräte sich zu dem Entwurf positionieren können. Der Entwurf samt der vorgenannten Stellungnahmen sollte zwecks Bewertung auch an den Naturschutzbeirat gegeben werden.

3. Gleichfalls wird der Magistrat gebeten, den Entwurf des RP samt der o.g. beschriebenen Stellungnahmen an die zuständigen Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten und diese zu bitten, ebenfalls in ihrer jeweils nächsten Sitzung eine Stellungnahme der städtischen Gremien vorzubereiten.
4. Der Magistrat wird zudem aufgefordert, den RP über den derzeitigen Sachstand und die Weiterleitung des Entwurfes samt Zeitplan zu informieren und diesen um einen Aufschub zu bitten. Die Stadtverordnetenversammlung will eine Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Entwurf des RP spätestens in ihrer Sitzung am 25. März 2010 beschließen.

Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.12.2009

Der Antrag erhält die folgende, geänderte Form:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Der vorgelegte Entwurf einer Landschaftsschutzgebietsverordnung (Stand Dezember 2009) wird grundsätzlich begrüßt.

II. Der Magistrat wird gebeten, den Entwurf der Stellungnahme zum Entwurf der Landschaftsschutzgebietsverordnung unverzüglich an die zuständigen Ortsbeiräte weiterzuleiten und deren Beteiligung sicher zu stellen. Die Ortsbeiräte werden gebeten, wegen der Dringlichkeit möglichst noch im Februar ihre eigene Stellungnahme dem Magistrat zukommen zu lassen. Nach Abschluss des ersten Sitzungszuges der Ortsbeiräte 2010 ist dann die entsprechende Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden dem Regierungspräsidium zuzuleiten.

III. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, unverzüglich beim Regierungspräsidium Darmstadt vorstellig zu werden, um eine Verschiebung der geplanten Nachanhörung auf den Zeitraum nach Eingang und Einarbeitung der Stellungnahme der LHW zu erreichen

IV. Im Rahmen der Stellungnahme werden fachliche Bewertungen nur zu Flächen abgegeben, für die auch ein Beschlussvorschlag (d.h. eine Änderung des neuen Entwurfs) erfolgen soll.

Beschluss Nr. 0645

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.12.2009 betr.

Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Entwurf einer neuen Landschaftsschutzgebietsverordnung

wird bei Übernahme des gemeinsamen Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.12.2009 durch die Antrag stellende Fraktion wie folgt mit nachstehender Protokollnotiz angenommen.

I. Der vorgelegte Entwurf einer Landschaftsschutzgebietsverordnung (Stand Dezember 2009) wird grundsätzlich begrüßt.

II. Der Magistrat wird gebeten, den Entwurf der Stellungnahme zum Entwurf der Landschaftsschutzgebietsverordnung unverzüglich an die zuständigen Ortsbeiräte weiterzuleiten und deren Beteiligung sicher zu stellen. Die Ortsbeiräte werden gebeten, wegen der Dringlichkeit möglichst noch im Februar ihre eigene Stellungnahme dem Magistrat zukommen zu lassen. Nach Abschluss des ersten Sitzungszuges der Ortsbeiräte 2010 ist dann die entsprechende Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden dem Regierungspräsidium zuzuleiten.

III. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, unverzüglich beim Regierungspräsidium Darmstadt vorstellig zu werden, um eine Verschiebung der geplanten Nachanhörung auf den Zeitraum nach Eingang und Einarbeitung der Stellungnahme der LHW zu erreichen

IV. Im Rahmen der Stellungnahme werden fachliche Bewertungen nur zu Flächen abgegeben, für die auch ein Beschlussvorschlag (d.h. eine Änderung des neuen Entwurfs) erfolgen soll.

Protokollnotiz der SPD zu II:

Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2010 eine beschlussreife Sitzungsvorlage zur Beratung vorliegt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2009

Nickel
stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2009

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister